



Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Florian Ritter, Margit Wild SPD**

Standorte der Automobilzulieferindustrie in Bayern sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, aufgrund der bereits beschlossenen oder weiter drohenden Betriebsschließungen in der Automobilzulieferindustrie in Bayern dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zu berichten,

- wie sie die aktuelle Situation sowie deren Auswirkungen auf den Automobil- und Wirtschaftsstandort Bayern bewertet,
- welche vorbereitenden Maßnahmen sie trifft bzw. bisher getroffen hat, um drohende Betriebsschließungen abzuwenden,
- über welche Notfallpläne die Staatsregierung verfügt oder ggf. vorbereitet,
- ob es bisher drohende Betriebsschließungen gab, die speziell durch ein Eingreifen der Staatsregierung mit welchen konkreten Maßnahmen abgewendet werden konnten,
- ob und wie der am 21.06.2018 geschlossene Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie in Bayern positive Wirkungen zur aktuellen Entwicklung entfaltet und wie das weitere strategische Gesamtkonzept der Staatsregierung aussieht, um die möglichen negativen Auswirkungen des Strukturwandels sowie der verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung in der Automobilwirtschaft abzufedern,
- welche aktuellen Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um klimaverträgliche Antriebstechnologien, die zugleich sozialverträglich sind, zu fördern und
- welche langfristigen Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um die Automobilbranche in ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen und lokale Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen.

Begründung:

Der Freistaat Bayern ist nicht nur die Heimat zweier großer und weltweit bekannter Automobilhersteller, sondern auch die Heimat vieler Automobilzulieferbetriebe. Bei diesen kam und wird es auch künftig immer wieder zu Betriebsumbauten, zum Teil in Verbindung mit Betriebsschließungen, kommen, von welchen viele bayerische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen sein werden. Angesichts des Strukturwandels bei den bayerischen Autobauern ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklungen zunehmend beschleunigen werden. Mit Verweis auf eine Studie des Ifo-Instituts könnten laut Süddeutscher Zeitung in den kommenden Jahren 137.000 Arbeitsplätze – und somit jeder dritte Beschäftigte der Branche – betroffen sein. Jüngste Äußerungen von Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger hinsichtlich der geplanten Werksschließung von Continental lassen darauf schließen, dass die Staatsregierung über effektive Instrumente verfügt, entsprechende Schließungen zu verhindern.